

## Runder Tisch Konversion – Ergebnisse 28.04.21 und offene Fragen

### Anträge Protokolländerung und Tagesordnung:

- Martin Bopp bittet um Protokollzusatz wg. Verhinderung während des 17.02.21.
- Horst Börner bittet, eine neue Terminplanung in die Tagesordnung aufzunehmen.
- Jürgen Ploch erinnert an Berücksichtigung des schriftlichen Antrags zur „Erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung vor Beschluss der Auslobung“ in der Tagesordnung. Dies wird für die Zeit ab 19 Uhr zugesagt.

### Aktuelles:

Herr Kellersmann berichtet über die ausstehende Klärung der Bundesbedarfe auf den Kasernengrundstücken und erwähnt stattgefundenene Tagungstermine der Steuerungsgruppe Konversion am 24.02. und 24.03.21 ohne inhaltliche Hinweise. Für die Planungsarbeiten zur Rochdale-Kaserne seien städtebauliche Förderzusagen i. H. v. 278.000 Euro erfolgt.

Auf Nachfrage zum Sachstand der Personalie „Konversionsbeauftragter Moss“ teilt Herr Kellersmann mit, das Bauamt habe keinen Kenntnisstand über die Presseberichterstattung hinaus.

### Vortrag „Innovative, kooperative Wohnprojekte“, M. Rottmann (De Zwarte Hand, Köln)

Der ab 17.20 Uhr folgende Vortrag des Architekten Rottmann über das Wohnungsbauprojekt der Bremer Heimstiftung „Ellener Hof“ in Bremen Osterholz wird vmtl. auf der „Dialog-Plattform“ des Bauamtes abgerufen werden können. Neben Grundzügen der Quartiersplanung („Dorf-Typologie“), der Architektur (Mischung von Bestandsgebäuden und neuer Architektur, Abschied von „determinierten Grundrissen“, Anpassung von Neubauten an erhaltenswerten Baumbestand) und der Auswahl spezieller Baustoffe (Holz, weniger „Graue Energie“) spielte das Stiftungsprinzip „Bodenerhalt durch Erbpacht“ eine zentrale Rolle: „Keinen Quadratmeter verkaufen“. Aus Sicht einer Kommune solle der Erbpachtzins unter 2 Prozent liegen. Die Bremer Heimstiftung ist als Sozialkonzern in Bremen den Bodelschwingschen Anstalten vergleichbar. Das der Bremer Heimstiftung übertragene Areal „Ellener Hof“ umfasst 10 Hektar (Planung von 500 Wohnungen). Insofern ist die Bremer Heimstiftung (als Besitzerin und als Bevollmächtigte mit Innovationsbestreben) zentraler Ansprechpartner und aus Architektensicht ein besonders geeigneter Akteur.

### Antrag „Entwicklung der ehem. britischen Wohnstandorte / Kommunales Erstzugriffsrecht“ (Vgl. gleichlautende Anträge an Stadtentwicklungsausschuss und HWBA)

Herr Ploch weist darauf hin, dass der heutige Sitzungstag die letzte Gelegenheit dafür bietet, dass der Runde Tisch erstmals von seiner Zuständigkeit für die ehemals britischen Wohnstandorte Gebrauch macht. Die Beschlussvorlagen der Verwaltung auf „Marktüberlassung wegen fehlender öffentlicher Aufgabenstellungen“ liegen bereits in den politischen Entscheidungsgremien. Das Beispiel der Bremer Heimstiftung zeige, was die Aufrechterhaltung kommunaler Steuerungshoheit für eine sozial durchmischte Stadtentwicklung bedeute.

Herr Dodenhoff erklärt für die Bauverwaltung, man solle sich an solchen Schauplätzen nicht ideologisch verkämpfen. Das Recht könne man nicht beugen.

Die Abstimmung über **Appell des Runden Tisches an die Verwaltung**,

- die Entwicklung der Wohnstandorte als öffentliche Aufgabe zu definieren (Beispiele vgl. Antrag),
- darauf hinzuwirken, die mit öffentlichen Geldern erstellten Wohnstandorte nicht der Bodenpreisspekulation durch den Bund zu überlassen.

**Annahme mit 8 Stimmen dafür, 1 Ablehnung, 2 Enthaltungen.**

**Anmerkung außerhalb des Protokolls:** Es wird zu beobachten sein, inwieweit die Verwaltung dieses Votum des Runden Tisches in den politischen Gremien (Bezirksvertretungen, Steuerungsgruppe Konversion, Stadtentwicklungsausschuss, HWBA) tatsächlich dokumentiert. In den derzeit bekannten Beschlussvorlagen nach dem Runden Tisch am 28.04.21 ist dies nicht der Fall.

**Auf Nachfrage von Stefan Schraub: Zu diesem Zeitpunkt haben sich 11 (30%) stimmberechtigte Delegierte beteiligt. Herr Möller regte an, die Anwesenheit der stimmberechtigten Mitglieder jeweils zu Sitzungsbeginn festzuhalten. Marcelle Matzke (Bauamt, Protokoll) sagte zu, dies im Protokoll festzuhalten.**

### Antrag Besetzung Preisgericht

Schriftliche Besetzungsvorschläge H. Voß (NaRo) und J. Ploch (BISS, VCD, Sozialforum).

The screenshot shows a Microsoft Teams meeting interface. The main content is a slide with the following text:

**Besetzung Preisgericht Wettbewerb Rochdale**

Für das Preisgericht zum städtebaulichen-landschaftsplanerischen Wettbewerb „Rochdale“ sind 2 Plätze als **sachverständige Berater/innen** ohne Stimmrecht zu besetzen.

- Bislang wurden vorgeschlagen:
  1. Herr **Ploch** (Netzwerk Bürgerbeteiligung, kein Mitglied des RTK)
  2. Herr **Voß** (Nachbarschaft Rochdale, ehem. Mitglied des RTK)
- Weitere Interessenten können sich melden.
- Die Abstimmung erfolgt per Mail.

At the bottom of the slide, there is a list of participants in the meeting, including names like HK, SK, MM, MB, MS, UH, MJ, MK, NN, PS, RL, DS, SS, and TK. The slide is presented by Michael Kellersmann (Bauamt).

Beide Kandidaten sind formell nicht mehr Delegierte am Runden Tisch, waren es aber früher zeitweise. Inhaltliche Abwägungen finden nicht statt. Weitere Kandidaturen liegen noch nicht vor. Der IHK-Delegierte Staake überlegt noch, ob er persönlich kandidiert. Herr Schraub zieht sein Interesse am Preisgericht zurück, nachdem ihm klar wird, dass es um eine beratende Funktion ohne Stimmrecht geht. Unter dem Aspekt des fehlenden Stimmrechts plädiert er für Herrn Ploch, da er auf allen Sitzungen auch ohne Delegiertenstatus inhaltlich präsent und stets gut informiert aufgetreten sei. Herr Dodenhoff verzichtet auf die Neutralität der Verwaltung und spricht sich persönlich für die Vertretung der NaRo als Nachbarschaft im Preisgericht aus. Eine Entscheidung wurde auf den nächsten Runden Tisch vertagt. Bis dahin sollen weitere Kandidatennennungen per Mail möglich werden (Fristsetzung) und dort im Anschluss entschieden werden.

- Auf diese Weise können auch Delegierte, die häufig oder grundsätzlich der Arbeit am Runden Tisch fernbleiben, Vorschläge für die Besetzung des Preisgerichts per Mail einreichen. Die Entscheidung soll nicht per Mail, sondern in Präsenzabstimmung erfolgen.
- Die mögliche Präsenz-Abstimmung wird nicht vor Mitte August stattfinden (vgl. Terminplanung Kellersmann / Dodenhoff).

### Antrag Terminplanung Vorverlegung Runder Tisch von September auf Juni

Durch den Hinweis einer weiteren Verzögerung der Preisgerichts- Entscheidung bis zum kommenden Runden Tisch im September wurde die Bitte um Terminierung des kommenden Runden Tisches (Antrag Herr Börner) in dieses Thema einbezogen. Begründungen für die Zeit zwischen 07. und 11.06.21 waren die Einbeziehung der erweiterten öffentlichen Beteiligung, die endgültige Besetzung des Preisgerichts und die definitive Vorlage zur Auslobung vor Start des städtebaulichen Wettbewerbs. Herr Schraub ergänzt, dass es bis heute immer noch keine eigenständige Tagung des Runden Tisches über die Erörterung von Entwicklungsideen zur Konversion gegeben habe. Auch dies

mache einen vorgezogenen RT-Termin notwendig. Dem Bauamt erwüchse damit keine weitere Belastung, es müsse allenfalls Protokoll führen.

**Die Vorverlegung auf Juni wurde mit 7 : 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.** Damit meldeten sich nun 16 stimmberechtigte Delegierte. Es gab Irritationen, inwieweit zuvor bei Ja erhobene Hände beim angefragten Nein wieder alle digital gesenkt worden seien. Selbst dieser „Höchststand“ an beteiligten Delegierten ergibt eine Teilnahmequote an diesem Runden Tisch von nur 44 Prozent.

Möglicherweise wird die **Vorverlegung** des Septembertermins auf **Mitte August** erfolgen, um zumindest die formelle Auslobung Rochdale und die Besetzung des Preisgerichts auf den Weg zu bringen.

**Anmerkung außerhalb des Protokolls:** Dies ergibt sich ergänzend aus den „Hinweisen zu den Beschlussvorschlägen“ der Verwaltung an die Bezirksvertretung Mitte 06.05.21 und den Stadtentwicklungsausschuss für den 18.05.21.

#### Antrag auf Darlegung der neuen, erweiterten öffentlichen Beteiligung

Herr Dodenhoff erklärt den Juni als vorgezogenen RT-Termin auch deshalb als zu früh, weil das bisher geplante Gesamtverfahren neu sortiert werden müsse. Die erweiterte öffentliche Beteiligung sei noch nicht beschlossen und sei dem städtebaulichen Wettbewerb vorgelagert, da sie weiteres Abwägungsmaterial enthalten könne. Konkrete Hinweise zur erweiterten öffentlichen Beteiligung seien noch nicht möglich. Zu den Beschlussvorlagen der Verwaltung sei noch die 2. Lesung der politischen Gremien abzuwarten. Aus diesem Grunde würden derzeit die formellen Rahmenbedingungen vorgezogen. Deshalb ist mit einer fachlich-inhaltlichen Beschlussfassung zur Auslobung für den Städtebaulichen Wettbewerb erst im Laufe des September zu rechnen.

#### Antrag auf Nachbesetzung Runder Tisch aufgrund fortgesetzt ungenutzter Mandate

Herr Möller und Herr Schraub verwahren sich gegen „Personenwahlen“ und betonen das Entsendungsrecht durch Organisationen. Herr Schmelz stellt klar, dass drei Organisationen am Runden Tisch (BISS, VCD, Sozialforum) die Einbeziehung des Bielefelder Netzwerks Bürgerbeteiligung mit Herrn Ploch beantragen. Angesichts vieler nicht wahrgenommener Mandate sei der Antrag Appell an alle für Überlegungen zu einer Neuzusammensetzung des Runden Tisches. Die Neubesetzung könne durch Ersatz ungenutzter Mandate oder durch einen zusätzlichen Delegierten erfolgen.

Herr Schraub erkennt im Falle von Herrn Ploch keine Notwendigkeit eines Delegiertenstatus. Herr Ploch habe in allen Sitzungen einen Weg für Gehör gefunden. Ihm fehle lediglich das Stimmrecht. Fachlich-inhaltlich sei er ohnehin immer dabei.

Herr Möller schlägt vor, das Verfahren an folgende Bedingungen zu knüpfen: Der freiwerdende Mandatsplatz müsse innerhalb des Gremiums in der Rubrik „Bevölkerung“ gefunden werden. Dies müsse durch den HWBA überprüft werden. Zugleich solle Herr Ploch auf der nächsten Sitzung sich und das Netzwerk Bürgerbeteiligung vorstellen.

Herr Schmelz und Herr Börner drängen auf bereits heutige Abstimmung, da die Zeit vergeht und die Teilnahmequote (mit den entsprechenden Entscheidungsbefugten) nicht besser wird. Moderator Brökel: „Guckt Euch mal die Teilnahmequoten an.“ Herr Börner: „Es wird immer dafür geworben, den Runden Tisch lebendiger zu gestalten. Jetzt wäre die Gelegenheit.“

Herr Dodenhoff begründet seinen Vorschlag „aus fachlicher Sicht“:

Die Konversionsbeteiligung stehe mit Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs vor einem „fachlichen Meilenstein“. Gegen Herbst solle man die Rolle des Runden Tisches neu definieren. Der Stadtsportbund käme evtl. als neuer Akteur hinzu. „Was ist das Netzwerk Bürgerbeteiligung eigentlich? Ich meine, hinsichtlich Bürgerbeteiligung sind wir in Bielefeld ohnehin gut aufgestellt.“ Die Neubewertung des Runden Tisches müsse aus „fachlicher Sicht“ erfolgen.

Herr Schmelz betont, dass der gestellte Antrag (Neuzusammensetzung, Nachbesetzung) an alle Mitglieder des Runden Tisches gerichtet sei. Herr Dodenhoff setzt nach: Aber die „Fachlichkeit“ müsse ins Zentrum gestellt werden.

**Antragabstimmung an den Hauptausschuss / HWBA ( über die Verwaltung ) zur Neubewertung der Zusammensetzung des Runden Tisches: 11 Stimmen dafür, keine Gegenstimme, 3 Enthaltungen (Bopp-Naturschutzbeirat, Bock-Nachbarschaft NaRo, Niermann – Haus und Grund)**

Herr Dodenhoff möchte das nicht vor Herbst machen. **Der Antrag besteht ggf. weiterhin.**

**Antrag auf Offenlegung des Städtebaulichen Vertrages Sperberstraße (Stadt – BGW)**

Herr Kellersmann (Bauamt): Die vertraglichen Regelungen seien zu umfangreich, vertraulich und beinhalteten auch Kaufverträge. Eine Offenlegung sei im Allgemeinen nicht üblich.

Kellersmann/Dodenhoff: Die angefragten Unterlagen seien mit städtebaulichen Verträgen für die Kasernenareale nicht vergleichbar und insofern nicht richtungsweisend.

Herr Ploch weist auf den ursprünglichen Konsens mit Bauverwaltung, Moderator Heinze und dem Runden Tisch hin: Am Beispiel der Sperberstraße sollten grundsätzlich Kooperationsformen eingeübt werden, die richtungsweisend für das weitere Beteiligungsverfahren sein sollten – unabhängig davon, wie Vertragsinhalte jeweils zu bewerten sein mögen.

Herr Dodenhoff (Bauamt): Es handelt sich um keinen städtebaulichen Vertrag im eigentlichen Sinne, auch sei er nicht sehr „spannend“.

Herr Schmelz: Dann müssen Sie das ggf. anders nennen, falls es ein Sondervertrag sein sollte. Wie „spannend“ Verträge sind, kann immer nur beurteilen, wer Einsicht erlangt.

Herr Dodenhoff: Der Runde Tisch sei kein Selbstverwaltungsorgan. Unnötiges Misstrauen gegenüber der Verwaltung.

Jürgen Ploch: Vertrauen ist eine Sache der Gegenseitigkeit. Regeltreue Bürgerbeteiligung bedeutet kein Misstrauen. Die vereinbarte Aufgabenteilung in den Konversionsvereinbarungen sieht die Trennung von neutraler geschäftsführender Bauverwaltung und dem Runden Tisch als eigenständiges Konversionsgremium vor. Dieses entscheidet selbst, welche Beratungsunterlagen es ggf. für seine Arbeit benötigt. Zum Service der geschäftsführenden Verwaltung würde es gehören, das Gremium hierbei zu unterstützen.

Der Städtebauliche Vertrag regelt Leistungsverträge zwischen den Vertragspartnern und Lebensbedingungen, die der Bebauungsplan nicht regeln kann. Als Anlage zum Bebauungsplan ist der Städtebauliche Vertrag von öffentlichem Interesse. Der Bebauungsplan selbst liegt derzeit (ohne Städtebaulichen Vertrag) öffentlich aus.

Herr Dodenhoff: Dann müssten wir ggf. das Rechtsamt um Prüfung bitten.

**Ablehnung: Gegen Offenlegung 7 Stimmen (darunter BGW, Scholle, Haus und Grund), Pro Offenlegung 5 Stimmen, 1 Enthaltung = 13 stimmberechtigte Delegierte (36%)**

Sonstiges:

Herr Schmelz erkundigt sich, ob das Rechtsgutachten zum Garnisonsvertrag schon in Auftrag gegeben sei. Herr Dodenhoff teilt mit, dies sei noch in Vorbereitung.

Ende der Sitzung um 20.35 Uhr

Zitierte Teilnehmende außerhalb der Organisatoren:

Börner (BISS), Ploch (Netzwerk Bürgerbeteiligung), Schraub (Stadtelternvertretung), Möller (Freie Scholle), Staake (IHK), Schmelz (VCD und Netzwerk Bürgerbeteiligung)